

Koalition will vergrößern statt lösen

Stadtverordnetenvorstand künftig mit sechs Mitgliedern? Opposition kritisiert Vorgehen der CDU scharf

Von Maike Wessolowski

BREMERHAVEN. Am 1. Juli ist die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossen worden. Sechs Wochen und eine Koalitionsbildung später soll sie in der Sitzung am Donnerstag schon geändert werden. Ein Punkt: Die CDU will nicht, dass der fünfte Platz im Stadtverordnetenvorstand verlost wird. Denn damit sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass die CDU einen zweiten Platz in diesem Gremium bekommt – um exakt 50 Prozent. Laut Rechtsamt wäre das Losverfahren aber das gültige Vorgehen. Die Mehrheit der Opposition tobt, bezeichnet das Vorgehen als „undemokratisch“.

„Ich will aus der Besetzung des Vorstands kein Lotteriespiel machen“, begründet CDU-Fraktionsvorsitzender Thorsten Raschen. Mit den Stimmen seiner Koalitionspartner von SPD und FDP wird er den gemeinsamen Antrag auch durchbekommen.

Rückblick: Bereits in der Juli-Sitzung sollte der fünfte Platz im Vorstand zwischen den gleichgroßen Fraktionen CDU und Grü-

» Hier wird sich die Demokratie hingebastelt, wie es passt, ein Unding. «

Doris Hoch, Fraktion Grüne-PP

ne-PP ausgelost werden. Die Grünen-PP waren einverstanden. Doch die CDU kritisierte, dass die Rechtslage nicht eindeutig sei. Das Rechtsamt sollte nacharbeiten. Nun hat das Rechtsamt eine ausführliche, mehrseitige Begründung abgegeben, andere Fälle he-

rangezogen und kommt zu dem Schluss: Laut Geschäftsordnung der Stadt muss gelöst werden. Doch Raschen bleibt dabei: Er lese anderes heraus. Schon vor sechs Wochen kündigte er an, einen Juristen hinzuziehen zu wollen. Eine weitere Experteneinschätzung liegt bislang aber nicht vor. Raschen ergänzt seine Argumentation: „Wir haben deutlich mehr Wählerstimmen erhalten.“ Es sei fairer, das Wahlergebnis, also die Stimmen, als Grundlage für die Verteilung zu nehmen, nicht die Stärke der Fraktionen.

Doch der Änderungsantrag ist nicht auf eine grundsätzliche Verfahrensänderung formuliert, sondern auf die aktuelle Situation: Der Vorstand soll künftig sechs Mitglieder haben statt fünf. Das hilft in dieser Legislaturperiode der CDU.

Und die Fraktion Grüne-PP profitiert von dem Vorschlag – statt einer 50:50-Chance hätten

sie wie die CDU einen Sitz mehr. Doch Doris Hoch bezeichnet das Vorgehen als „unmöglich“. „Hier wird sich die Demokratie hingebastelt, wie es passt, ein Unding. Uns war wichtig, dass wir als Vertreter der Opposition im Gremium zu finden sind. Das ist mit Herrn Niedermeier bereits geschehen. Wir werden dem Antrag auf keinen Fall zustimmen“, so die Fraktionsvorsitzende. Sie ist besonders enttäuscht, dass der neue Koalitionspartner FDP bei so einer Aktion mitmache.

In der Linken-Fraktion gibt es keine einheitliche Meinung. Fraktionsvorsitzende Petra Brand will erst die Aussprache am Donnerstag abwarten. Deutliche Worte dagegen von der AfD: „Wir halten den Vorstand mit fünf schon für zu groß. Wichtig ist, dass die Op-

position vertreten ist, das ist mit den Grünen geschehen. Wir hätten schon in der ersten Sitzung das Los entscheiden lassen sollen“, sagt Thomas Jürgewitz.

„Unglaublich“, kommentiert Jan Timke von den „Bürgern in Wut“ (BIW). Er ist besonders überrascht, dass im Verfassungsausschuss am Montag kein Wort über den Antrag verloren wurde. Denn dem Ausschuss wurde das Ergebnis der erneuten Rechtsamts-Recherche vorgelegt. Timke: „Es gibt eine gültige Rechtslage, die aus machtpolitischen Gründen infrage gestellt und für die eigenen Mehrheitsverhältnisse missbraucht wird. Ich finde das schäbig.“

Wenn der Antrag wie formuliert durchgeht, wirft das am Donnerstag weitere Fragen auf: So-

wohl für den Jugendhilfeausschuss als auch für die Besetzung der Aufsichtsräte für die Stadtwerke und das Regionalforum Unterweser gilt das Vergabe-Verfahren nach d'Hondt. Demnach haben mehrere Fraktionen den gleichen Anspruch auf die Sitze. Im Falle des Jugendhilfeausschusses SPD, AfD, BIW und Linke. Hier muss gelöst werden. Und für die Besetzung der Aufsichtsratsposten muss der jeweils zweite Platz erneut verlost werden – zwischen den zweitstärksten Fraktionen: CDU und Grünen-PP.

» **Stadtverordnetenversammlung**, 12. September, 14.30 Uhr, Volkshochschule, Lloydstraße 15: Weitere Themen: Erhöhung des Fraktionsgeldes und der Entschädigungen,



Standpunkt von Maike Wessolowski Simple Machtspiele

Der Stadtverordnetenvorstand hat organisatorische Aufgaben, bereitet Sitzungen vor und führt Redelisten. Die Arbeit ist parteiübergreifend zu sehen. Das hat auch Torsten von Haaren (SPD) in seiner Antrittsrede als Vorsteher betont. Bei der bisherigen Besetzung von fünf wäre die aktuelle Koalition mit mindestens drei Stimmen dennoch in der Überzahl. Ein Zuwachs an Aufgaben hat es nicht gegeben. Es gibt also wirklich keinen guten Grund, das Gremium zu vergrößern. Wenn die CDU meint, dass für die Besetzung die reine Zahl der Wählerstimmen, nicht die Fraktionsstärke zählen müsse, dann hätte der Antrag anders lauten müssen. Dieser Antrag sorgt nicht dafür, dass künftig andere Maß-

stäbe angelegt werden. Der einzig erkennbare Grund: Die CDU will hier und heute ihre Macht festigen. Die Bürger abholen, mit der Opposition gemeinsam Politik machen? Schon in der ersten Sitzung werden Versprechen des Koalitionsvertrags gebrochen. Das ist wirklich schade. Nach den Reden von Martin Günthner nach der Wahl („Wir haben verstanden.“) hatte mancher Hoffnung. Auch, weil die bisherige Oppositionspartei FDP den Finger immer sehr präzise in Wunden wie diese gelegt hat. Vor vier Monaten. Wenn „freieste Kommune Deutschlands“ bedeute, dass Grundregeln der Zusammenarbeit so grundlos nach Gusto geändert werden, dann wird der Gedanke, der dahinter steht, für simple Machtspiele missbraucht.